

[Die Deutschen haben das Heranreifen der gefährlichsten europäischen Krise verschlafen](#)

08.02.2014

Deutschland ist geneigt, Janukowytsch seine Spielereien durchgehen zu lassen, einige Hunderte politische Flüchtlinge zu beherbergen, Streit mit Moskau zu vermeiden und eine neue Berliner Mauer an der polnischen Grenze zu bauen.

Das [Europäische Parlament empfiehlt den EU-Ländern](#), sich auf die Einführung von Sanktionen gegen ukrainische Regierungsangehörige und Oligarchen vorzubereiten. Jedoch Deutschland, das einer der Hauptmotoren dieser Union ist, ist offenbar nicht dazu geneigt.

Im Zusammenhang mit der politischen Krise in der Ukraine geriet Berlin in eine schwierige Situation, was ihre Darstellung nach außen betrifft. Kaum wurde die neue deutsche Regierungskoalition gebildet und kaum begann sie mit der Entwicklung eines neuen Sicherheitskonzeptes, stand sie plötzlich vor einem konkreten außenpolitischen Problem – der ukrainischen „Revolution“.

Deutschland muss nun seine politische Zahlungsfähigkeit beweisen, und zwar nicht irgendwo im Afghanistan oder Afrika, sondern direkt an der EU-Grenze, zwei Flugstunden von Berlin entfernt.

Die Meinungen im deutschen Kommandostab gehen bereits auseinander. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt, für sie sei es jetzt nicht an der Zeit, Sanktionen zu diskutieren. Hingegen schlägt ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor, als Instrumente der Krisenlösung in der Ukraine schon vor diesem Wochenende auf Sanktionen zu setzen.

Die deutsche Presse ist verwirrt. Steckt die „neugeborene“ Koalition schon jetzt in einer Regierungskrise? Ober ist es ein Wunsch, in keinen offenen Konflikt mit Moskau zu geraten?

Die allgemeine Stimmung im Lande ist ungefähr folgende: Mit Erstaunen werden sich die Deutschen dessen bewusst, dass, indem sie die Assoziierungsverhandlungen mit der Ukraine ihren jüngeren EU-Partnern – Polen, Schweden und den Ländern des Baltikums – überließen, sie das Heranreifen der gefährlichsten europäischen Krise seit der Blockade von Westberlin verschlafen haben.

Der vor Kurzem ernannte Russland-Koordinator der Bundesregierung Gernot Eler musste vor der Presse zugeben, dass die EU in eine Situation der offenen Konkurrenz mit Moskau geraten sei. In dieser Konfrontation stehen nicht nur 20 Milliarden Dollar Kredit für Kyjiw (Kiew) auf dem Spiel, sondern auch einige ideelle Dinge, wie der politische Ruf und die zivilisatorische Attraktivität des Westens.

In Deutschland wächst die Überzeugung, dass Russland gegenüber in manchen Fragen doch Zugeständnisse gemacht werden müssen. Der wissenschaftliche Direktor des Deutsch-Russischen Forums Alexander Rahr äußerte dazu die Meinung, dass Europa sich mit einer offensichtlichen geopolitischen Realität abfinden müsse, das heißt Moskau darin zustimmen, dass die Russische Föderation kein Teil der europäischen Zivilisation sei und ihre humanitären Werte nicht teile und keine Illusionen bezüglich des gemeinsamen europäischen Raumes von Atlantik bis Wladiwostok mehr hegen brauche.

Mit anderen Worten, man solle alle Fantasien im Sinne der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vergessen und dem Kreml das Recht anerkennen, seine „russische Welt“ zu bauen und die jetzigen „traditionellen russischen Werte“ – Autoritarismus, Homophobie, Obskurantismus und Nationalismus – nicht nur in Russland, sondern in allen russischen Grenzländern durchzusetzen.

Stattdessen solle Europa die beiderseits günstige wirtschaftliche Zusammenarbeit ganz einfach pragmatisch entwickeln und mit Moskau um preiswerte Gasverträge feilschen.

Deutschland ist sich fast sicher, welche Antwort seine Bürger auf die Frage geben würden: Sollen sie von ihren Steuern die Integration eines Landes finanzieren, dessen Präsident, statt einen Bürgerkrieg zu verhindern, zu Wladimir Putin nach Sotschi fährt, um dort das Olympische Feuer anzuzünden?

Viel vernünftiger wird es sein, diesem Präsidenten seine Spielereien zu lassen, einige Hunderte politische Flüchtlinge zu beherbergen, mit Moskau nicht zu streiten und an der polnischen Grenze eine neue Berliner Mauer zu bauen.

7. Februar 2014 // **Wolodymyr Perepedja**

Quelle: theinsider.com.ua

Übersetzerin: **Olha Sydor**

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.